

## **Siebzehn Tote nach Schüssen an einer High School in Florida und Ungewissheit für „Dreamer“**

*Zusammenfassung der US Berichterstattung vom 12. bis zum 16. Februar 2018*

(as) Die alles überschattende Nachricht in dieser Woche war die des Amoklaufs an einer High School in Florida, die eine erneute Diskussion über amerikanische Waffengesetze entfachte. Außerdem lebte die Debatte über die Situation der „Dreamer“ im U.S. Kongress erneut auf.

Am 14. Februar 2018 ereignete sich in der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida ein Amoklauf erschreckenden Ausmaßes. Siebzehn Schüler wurden getötet, viele weitere verletzt. Der Schütze, der 19-jährige Nicolas Cruz aus Broward County, ist ein ehemaliger Schüler der High School und konnte kurz nach der Tat festgenommen werden. Das Motiv ist bisher noch unbekannt. Bekannte und Nachbarn bezeichneten ihn als „waffenbegeistert“. Cruz betrat die Schule gegen 14 Uhr und schoss mit einer halbautomatischen Waffe um sich, die er ein Jahr im Voraus legal erworben hatte. Es ist nicht der einzige Vorfall dieser Art in den Vereinigte Staaten, und die Stimmen nach verschärften Waffengesetzen werden immer lauter. Generalbundesanwalt Jeff Sessions sagte dazu: „Wir müssen das Problem konfrontieren – daran besteht kein Zweifel.“ Weiter sprach er davon, dass schon existierende Waffengesetze „effektiv durchgesetzt werden müssen“, aber nicht davon, sie weiter zu verstärken. Damit teilt er die Meinung von Präsident Donald Trump. Dieser sprach den Opfern und Angehörigen sein Beileid aus und stellte klar: „Niemand sollte um sein Kind fürchten müssen, wenn es morgens zur Schule geht.“ Doch gezielte Maßnahmen, um weitere Geschehnisse dieser Art zu verhindern, nannte er nicht. Der Broward County Schulbezirk bietet währenddessen psychologische Unterstützung für alle Betroffenen an.

Ebenfalls viel berichtet wurde diese Woche über die Situation der „Dreamer“. Die „Dreamer“ Debatte ist ein anhaltendes Thema in der amerikanischen Politik. Es geht dabei

um mehr als 700.000 junge Einwanderer, die illegal als Kinder in die Vereinigten Staaten gekommen sind. Während Barack Obamas Präsidentschaft wurden eben diese durch die Initiative „Deferred Action for Childhood Arrivals“ (DACA) geschützt. Anfang September setzte Präsident Trump diese Regelung jedoch außer Kraft und gab Gesetzesmachern bis zum 5. März 2018 Zeit, um einen Ersatz zu entwerfen. Am 12. Februar 2018 begann im Kongress nun eine Debatte über Immigration im Allgemeinen, die natürlich auch die „Dreamer“ einbezog. Es standen zwei Immigrationspläne zur Auswahl. Auf der einen Seite der Republikaner und Donald Trump, der unter anderem beinhaltete, dass 1,8 Mio. Einwanderer ein Bleiberecht bekommen würden. Dieser war aber an die Bedingung geknüpft, dass 25 Milliarden US-Dollar mit sofortiger Wirkung in die Sicherheit der amerikanisch-mexikanischen Grenze investiert werden und der Nachzug von Familienangehörigen nicht länger geduldet wird. Auf der anderen Seite stand ein parteiübergreifender Immigrationsplan zur Wahl, der derselben Anzahl an „Dreamern“ Bleiberecht gewährleisten und etwas gemäßigte Alternativen für die Immigrationspolitik bieten würde. Der republikanisch geführte Senat konnte jedoch für keinen der beiden Pläne die erforderlichen 60 Stimmen erreichen. Ohne diese Entscheidung bleibt die Zukunft der mehreren hunderttausend „Dreamer“ jedoch weiterhin ungewiss.

Quellen:

<http://www.latimes.com/>

<https://www.washingtonpost.com/>

<https://www.nytimes.com/>